Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 41

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kapitel 2. — Gemeinsame Vorschriften für mehrere Organe

In diesem Kapitel wird das Amtsblatt der Gemeinschaft, die Modalitäten von Zwangsvollstreckungen und ähnliches behandelt.

Kapitel 3. — Der Wirtschafts- und Sozialausschuss

Es wird ein Ausschuss mit beratender Stimme errichtet, an dem Erzeuger, Landwirte, Arbeitnehmer, Kaufleute, Handwerker, freie Berufe usw. teilnehmen (Art. 193).

Titel II - Finanzvorschriften

Alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft werden in einen Haushaltplan eingesetzt, der in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen ist (Art. 199).

Sechster Teil - Allgemeine und Schlussbestimmungen (Art. 211-248)

Art. 210. Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.

Art. 224. Die Mitgliedstaaten setzen sich miteinander ins Benehmen, um durch gemeinsames Vorgehen zu verhindern, dass das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes durch Massnahmen beeinträchtigt wird, die ein Mitgliedstaat bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen trifft, die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat.

Art. 236. Die Regierung jedes Mitgliedstaates oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Aenderung dieses Vertrages vorlegen.

Art. 238. Die Gemeinschaft kann mit einem dritten Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen abschliessen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.

Diese Abkommen werden nach Anhörung der Versammlung einstimmig vom Rat geschlossen.

Werden durch diese Abkommen Aenderungen dieses Vertrages erforderlich, so müssen diese zuvor nach dem in Artikel 236 vorgesehenen Verfahren angenommen werden.

Anm. der Red.: Dieser viel zitierte Artikel 238 regelt die Beitrittsmodalitäten dritter Staaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Art. 240. Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

In acht Schlussartikeln wird die Einsetzung der Organe und die Schlussbestimmung behandelt.

Elektrizität

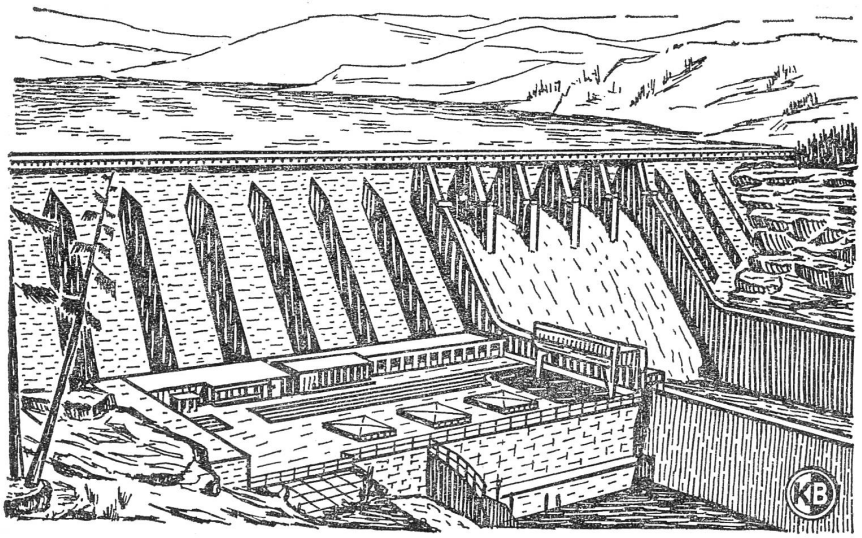
Jugoslawien

Der Strom aus den Strömen

Jugoslawien ist elektrobegeistert. Der steile Aufschwung der Energieproduktion (die grösste Zuwachsrate in Europa) ist allerdings wegen der bisherigen Rückständigkeit auf diesem Sektor (vergleiche KB Nr. 23, «Der erste unter den Giganten») alles andere als ein Luxus, wenn die Industrialisierung des Landes den beabsichtigten Umfang in der beabsichtigten Zeit erreichen soll. Dass die Wirtschaft freilich noch andere Schwierigkeiten — unter anderem die Belastung durch die Parteifunktionäre — hat, hat Tito diesen Sommer kräftig ausgesprochen, und zwar gerade bei der Eröffnung eines Kraftwerkes (Split).

Zu den Flüssen, welche für intensive Nutzung ausersehen sind, gehört die Drina, welche auf weiter Strecke die Grenze zwischen Serbien und Bosnien bildet. Vier grosse Stauwerke werden an ihrem Lauf gebaut. Das imposanteste unter ihnen soll der Stausee Bajiana Basta bilden (unsere Zeichnung). Es wird unter anderem mit westlicher Hilfe zustandekommen. Ein Kredit der Weltbank von 30 Millionen Dollar findet für die Anlagen selbst sowie für die Errichtung von Hochspannungsleitungen und Transformatorenstationen Verwendung. Die ersten Turbinen sollen in drei Jahren laufen, am Ende der gegenwärtigen Planungsperiode (1961 bis 1965). Nach erfolgtem Vollausbau rechnet man mit einer jährlichen Erzeugung bis zu 1,5 Milliarden Kilowattstunden, eine Zahl, die noch eindrücklicher wirkt, wenn man sie mit der gegenwärtigen Stromerzeugung des ganzen Landes (etwa 10 Milliarden Kilowattstunden im Jahr) vergleicht (Schweiz über 15 Milliarden, trotz gut dreimal kleinerer Bevölkerungszahl).

Das Projekt Bajina Basta sieht eine Staumauer von 88 Meter Höhe und 461 Meter Länge vor, wobei eine Million Kubikmeter Beton benötigt werden. Der Stausee wird sich über 15 Kilometer flussaufwärts erstrecken und vier Dörfer zudecken.



Eine Ansicht der geplanten grossen Staumauer des Werkes Bajina Basta am Fluss Drina in Westserbien nach einer Zeichnung der jugoslawischen Armeezeitung «Narodna Armija». Die Teilaufnahme des Betriebs ist auf 1965, dem Ende des gegenwärtig laufenden Fünfjahresplanes, vorgesehen. Das Werk wird mit westlicher Hilfe gebaut.

Verfassung

Jugoslawien

Neuer Schlauch für neuen Wein

Jugoslawien nimmt am Rande des Ostblocks eine Sonderstellung ein. Es hat in gewisser Hinsicht Lockerungen vollzogen, die in wohltuender Weise vom üblichen bolschewistischen Stereotyp abweichen, obwohl das Land grundsätzlich als eine kommunistische Diktatur zu bezeichnen ist. Daher kommt auch der jugoslawischen Verfassungsreform ein beträchtliches Interesse zu.

Der jugoslawische Staatsrechtler Gerskovic begründet in einem längeren Aufsatz die Notwendigkeit zum Erlass einer neuen Verfassung mit den grundlegenden Veränderungen, die in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen eingetreten seien.

Diese Veränderungen zeigen sich in vier Richtungen.

1. Das Kollektiveigentum bestimmt nunmehr alle Tätigkeitsbereiche, und zwar auch dort, wo das Privateigentum noch besteht (Landwirtschaft und Handwerk).
2. Die wirtschaftliche Tätigkeit wird nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung organisiert.
3. Die Lohnarbeit ist durch den Grundsatz der Einkommensverteilung durch die Arbeiter selbst aufgehoben.
4. Die Wirtschaftstätigkeit wickelt sich auf Grund der selbständigen Entscheidung der Wirtschaftsorganisationen ab; Planung und Intervention verlieren so ihren bürokratischen Charakter.

Durch diese neue Verfassung soll denn auch der Mensch entscheidend in den Mittelpunkt gerückt werden. Gemäss der Einleitung zum neuen Grundgesetz stützt sich das jugoslawische System ab «auf die Beziehungen zwischen den Menschen als freien und gleichberechtigten Produzenten und Schaffenden, deren Arbeit ausschliesslich der Befriedigung ihrer persönlichen und gemeinsamen Bedürfnisse dient». Daher soll die Verfassung nicht nur die Stellung der staatlichen Organe umreissen, «sondern auch die der politischen und

anderen Organisationen der Bürger, da auch diese Organisationen Selbstverwaltungsformen in gesellschaftlichen Angelegenheiten bilden».

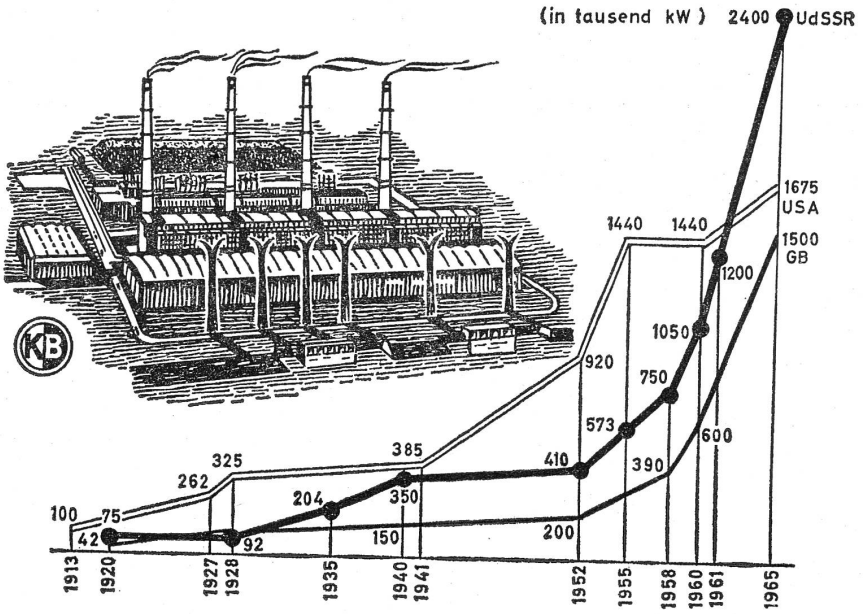
Diese Ansätze zu einer freiheitlicheren Entwicklung wären recht interessant. Abzuwarten bleibt allerdings, ob den Bekenntnissen auch Taten folgen, oder ob sie — wie schon so oft im Machtbereich des Kommunismus — inhaltslose Verbaldeklarationen zur propagandistischen Verwendung darstellen.

Bemerkenswert bleibt jedoch die Tatsache, dass die Lippenbekenntnisse zur Freiheit vermehrt werden. Die Verfassungsreform enthält solche Bekenntnisse, und ihre Einkleidung in kommunistische Phrasen täuscht nicht darüber hinweg. Hervorzuheben ist die starke Betonung der Selbstverwaltung durch Wirtschaftsorganisationen. Diese Entwicklung verhält sich gegenläufig zur immer wieder durchbrechenden kommunistischen Wirtschaftsplanung. Am Ende dieser Tendenz liegt die freie Marktwirtschaft. Somit wird der Kampf gegen die kommunistische Marktwirtschaft zu einem fortschrittlichen Verhalten, weil unser System unmittelbar verwirklicht, was die kommunistische Diktatur auf gefährlichen Umwegen anstrebt. Wenn diese Hoffnungen erfüllt werden sollen, muss Jugoslawien allerdings den Schritt wagen und verschiedene echte Parteien zulassen, die in Freiheit die gemeinsame Willensbildung vollziehen können. Das ist der Prüfstein für die Liberalisierung.

Eine in ihrer Folge noch nicht überblickbare Eigenart der neuen Verfassung darf nicht unerwähnt bleiben. Die neue Bundesnationalversammlung soll aus Abgeordneten bestehen, die vom Volke direkt gewählt und aus solchen, die von den Arbeitsorganisationen delegiert werden. Letztere bilden vier Räte, und zwar für Wirtschaftsfragen, für Fragen des Unterrichts und der Kultur, für Fragen der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens sowie für Fragen der politischen Verwaltung.

Wenn in diesen neuartigen Gremien mehr als nur legislative Kommissionen geschaffen werden, dürften sich geradezu ständestaatliche Ansätze ergeben, die weitere Beobachtung verdienen.

Die Reihe der jüngsten kommunistischen Verfassungsrevisionen (UdSSR, CSSR) wird um ein atypisches Beispiel vermehrt.



Mit diesem Jahr will die sowjetische Energieproduktion die Kapazität der amerikanischen einholen und bis zum Ende des gegenwärtigen Siebenjahresplanes weit hinter sich lassen, wie die Zeichnung nach der «Prawda» (22. September) demonstriert. Wenn auch von den westlichen Staaten keine Planziffern im Sinne des kommunistischen Wirtschaftssystems existieren, und wenn auch die sowjetischen Ankündigungen gerade in Bezug auf den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten schon oft genug weniger hielten als sie versprachen (Industrieproduktion!), so sind doch die hier gesteckten Ziele einigermassen realistisch. Allerdings läuft die Elektrifizierung der UdSSR anscheinend doch nicht ganz plangerecht, was unter anderm auf die Mängel im Bausektor wie schon in der Materialbeschaffung zurückzuführen ist. Aber die Energiebeschaffung geniesst eine Vorrangstellung, der ein diktatorisches Regime mit allen Mitteln Nachachtung verschaffen kann.

Energiewirtschaft

Sowjetunion

In der Hauptkampflinie

«In der Hauptkampflinie der Elektrifizierung des Landes» betitelt sich ein Artikel, welcher vor kurzem in der sowjetischen Presse erschien. Der Verfasser I. Nowikow ist Minister für Kraftwerkbauten der UdSSR.

Der Titel ist gut gewählt, denn die Energieerzeugung wird als ein vordringliches Mittel zum Kampf um die wirtschaftliche Macht betrachtet. Sie gehört zur Schlüsselposition, der Grundlage für allen weiteren Ausbau in Industrie oder Verkehr und wird entsprechend vorangetrieben.

In letzter Zeit wurden auffallend viele Kraftwerkarbeiter ausgezeichnet, von denen man jetzt erhöhte Anstrengungen verlangt, obwohl die Arbeitszeitreduktion noch immer auf dem offiziellen Siebenjahresplan steht. Die Verzögerung wird in erster Linie mit «Stärkung der Verteidigungsbereitschaft» begründet, welche immer die Friedenspropaganda ergänzt.

Den Ausführungen von Nowikow entnehmen wir folgende Angaben:

«Im letzten Jahr konnten die grössten Erfolge bei der Industrieabnahme von Wärmekraftwerken erzielt werden. Allein 1961 wurden um 15 Prozent mehr Kapazitäten in Betrieb genommen als 1959/60 insgesamt. Im Laufe der letzten drei Jahre wurden zahlreiche Wärmekraftwerke in Betrieb genommen, unter anderem das Baltische Kraftwerk (Estland), das Zmiever KW in der Nähe von Charkov (Ukraine), das Troicker im Süduralgebiet, das Kirover auf der Kolaer Halbinsel, das Nazarovsker im Krasnojarsker Grenzgenbiet und das Beresowkajer in Weissrussland. 40 bestehende Wärmekraftwerke wurden erweitert. In den Kraftwerken wurden hauptsächlich grosse Turbogeneratoren eingerichtet.

Vor drei Jahren betrug die Kapazität der sowjetischen Wärmekraftwerke 600 000 Kilowatt, gegenwärtig schon 1 bis 1,6 Millionen Kilowatt. Weitere 21 Wärmekraftwerke mit grosser Kapazität befinden sich in Bau (darunter das grösste Wärmekraftwerk der Welt in Konakowo, Ermakowo und Kriworog mit einer Gesamtkapazität von 2,4 Millionen Kilowatt. Um den Bau der Wärmekraftwerke zu beschleunigen, werden vorfabrizierte Eisenbetonelemente und Fliessband-Montagemethoden eingeführt.

In der Entwicklung der Energetik spielen die Projektierungsinstitute des Ministeriums für Kraftwerkbau eine besonders grosse Rolle. Sie haben 1959—1961 Prototypen («Typenprojekte») für Kraftwerke mit 100 000 bis 240 000 Kilowatt ausgearbeitet. Ihrer Arbeit ist es zu verdanken, dass die Investitionen für neue Kraftwerke um 50 bis 60 Prozent herabgesetzt werden konnten (im Vergleich zu den Investitionskosten der Jahre 1954—1958).»

Wirtschaft

Tschechoslowakei

Das Comecon-Öl fliesst

Das sowjetische Erdöl aus Kuibischew fliesst jetzt direkt nach Ungarn ein.

Am 17. September 1962 traf die erste sowjetische Rohöllieferung über die «Leitung der Freundschaft» (Comecon-Pipeline) in Ungarn ein. Es handelt sich um 15 000 Tonnen Rohöl, das an die Raffinerie in Szoeny zur Verarbeitung weitergeleitet wurde.

Der Bau des 130 Kilometer langen ungarischen Teils, dessen Kapazität jährlich 3 bis 5 Millionen Tonnen beträgt, begann am 1. Mai 1961. Mitte Februar 1962 wurde dieser Teil an die bereits fertiggestellte tschechoslowakische Teilstrecke angeschlossen.

Der ungarische Teil der Pipeline wird dazu dienen, die noch im Bau befindliche «Duna»-Raffinerie in Szezhalombata (rund 30 Kilometer südlich von Budapest) mit sowjetischem Rohöl beliefern. Bis zur Fertigstellung dieses Betriebes wird das sowjetische Oel jetzt zur Raffinerie in Szoeny (etwa 80 Kilometer nordwestlich von Budapest, an der ungarisch-tschechoslowakischen Grenze) gebracht.

Touristik

CSSR

Brüderliche Kritik

oder vielmehr schwesterliche Kritik erfahren die Zustände in der CSSR von einer polnischen Touristin, die als Studentin sechs Tage einer organisierten Reise in der Slowakei verbrachte. Sie veröffentlichte ihren Bericht in der polnischen Zeitung «Slowo Ludu» (Kielce). Der gleiche Bericht von einem westlichen Touristen wäre vermutlich bei uns als tendenziös bekämpft worden, und durchaus nicht nur von Kommunisten.

Die Studentin, sie zeichnet T. Lecka, ist allerdings in Kritik geschult, vermisst sie doch in der CSSR die satirische polnische Zeitschrift «Szpilki» (siehe Seite 8), die wohl im Mustersatelliten Tschechoslowakei nicht leicht aufzutreiben sein wird. Das Wort hat nun T. Lecka:

«Zum Beispiel die zwei grösseren Bezirksstädtchen auf der Touristenstrecke, um die man nicht umhinkommt: Poprad und Liptovski Mikulas. Mitten in der Hochsaison sind sie irgendwie verschlafen, aufgerissen, verstaubt, unpersönlich. In den Städten findet man vernachlässigte Speiselokale, in den vernachlässigten Speiselokalen servieren unsaubere Kellner ungeniessbare klebrige Suppen, überall denselben gulaschartigen zweiten Gang ohne Gemüse und denselben wässerigen Tee in ungewaschenen Gläsern.

Das Hotel («Krivan» in Mikulas) hat Fussböden, die vor Schmutz starren, Toiletten, die in Exkrementen versinken; allnächtlich erhebt sich der Lärm der Besoffenen in den Gängen.

Der Tourist hat natürlich keine Wahl. Er schläft, isst, fährt weiter.

In der Milchbar weisen sie die Verantwortung für den stinkenden, aber teuren Kefir (aus Kuhmilch gewonnenes, gegorenes Getränk) zurück, weil sie noch niemals gehört haben, dass der Kunde immer recht hat (oh Heimat!). In den Geschäften: wie bei uns mit sich selbst beschäftigte oder unhöfliche Verkäuferinnen und ... provinzielle Schundware.

Touristische Information ist überall knapp. Keine Tafeln, Wegweiser, Ankündigungen. Die Autobusse verspäten sich dauernd, und zwar, wie wir entdeckt haben, deshalb, weil sie unbesorgt auf allen Haltestellen von den Schaffnern aufgehalten werden, die in den Türen stehen und ganz langsam jeweils nur eine Person ins Innere vorlassen, wobei sie gleich von jedermann den Ankauf eines Fahrscheines verlangen. Sogar dann, wenn es innen leer ist und draussen die Sonne brennt oder Donner grollt. (Es muss freilich zugegeben werden, dass das gleiche System auch in westlichen Ländern vorkommt, sogar in Hauptstädten.)

Auch in den Schutzhütten hatten wir kein Glück. Als wir um 6 Uhr abends mit leeren Mägen von den Bergen herunterkamen, bot man uns im Restaurant bei Chopok statt eines warmen Mittagessens kalten ungarischen Salami zu 90 Kronen pro Kilo an. Den empfindlichen polnischen Touristen stört überdies der Mangel jeglicher Höflichkeit der Aemter uns gegenüber. Das einzige Exemplar von «Szpilki» sahen wir in Tatranska Lomnica an der Grenze. In den weiteren umfangreichen Gebieten der Touristenkonvention gibt es nirgends polnische Zeitungen, keine polnischen Aufschriften, während es überall viele russische und deutsche Zeitungen und in den Zügen sogar französische und englische gibt...

Interessant ist die individuelle Einstellung der Slowaken gegenüber den Polen. In Ruzomberok (das relativ netteste Städtchen auf der Strecke) wollte ein älterer Herr nicht von unserer Seite weichen; er bot den ‚lieben' Polen sogar gratis (!) eine Uebernachtungsmöglichkeit an. In Mikulas nahmen uns die höflichen Besitzer eines sehr sauberen Hauses, in dem wir nächtigten (private Nachtquartiere sind leichter zu finden und angenehmer als die in Hotels), sofort nach dem Frühstück peinlichst die Tassen und versilberten Löffel weg, als ob sie Angst hätten, wir könnten beim Weggehen vergessen, dass sie nicht uns gehören. Und überhaupt, die erste Handlung war überall das genaue Abschreiben unserer Personalien von den Touristenkarten ...»

Soziales

UdSSR/CSSR

Arbeitszeit-und Lohnpolitik

Den tschechoslowakischen Arbeitern ist mitgeteilt worden, dass die planmässig vorgesehene Arbeitszeitverkürzung vorderhand nicht stattfinden wird. In der Sowjetunion ist die allmähliche Abschaffung der Einkommenssteuern bei niedrigen Gehältern aufs Eis gelegt worden.

Der gegenwärtig laufende (ab nächstes Jahr allerdings durch den neu einsetzenden Siebenjahresplan abgelöste) Fünfjahresplan der Tschechoslowakei hatte bis 1965 eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 42 oder 40 Stunden veranschlagt. Jetzt aber erklärt die Regierung, man müsse «wegen ernsten Unzulänglichkeiten» in der Wirtschaft davon absehen, weitere Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen. Später soll dann «etappenweise» weitergemacht werden. Die Grubenarbeiter sollen zuerst darankommen. Aber noch vorher sollen zwei Feiertage abgeschafft werden.

In der Sowjetunion geht es in erster Linie um eine heuchlerische Lohnpolitik.

Um von den Arbeitern noch mehr Leistungen herauszuholen, geht man in der UdSSR immer mehr auf den «kollektiven Leistungslohn» über, bei dem der Lohn des einzelnen Arbeiters von den Leistungen der ganzen Brigade bzw. des Kollektivs abhängt. Damit hofft man, dass die Arbeiter einander kontrollieren und zu Maximalleistungen anspornen werden.

Der Minimallohn beträgt monatlich 40 bis 45 Rubel, in der Schwerindustrie 50 bis 60 Rubel. Dazu sollten noch die Lohnsteuern stufenweise abgebaut werden. Zuerst hatte man am 1. Oktober 1960 die Lohnsteuern der Junggesellen, Einzelpersonen und Familien abgeschafft, deren Monatseinkommen 50 Rubel nicht überstieg. Nachher folgten am 1. Oktober 1961 jene Gruppen, die monatlich weniger als 60 Rubel verdienten. Zu gleicher Zeit wurden auch verschiedene andere Steuersätze ermässigt.

Vor kurzem gab aber die Regierung der UdSSR bekannt, dass diese Politik der stufenweisen Herabsetzung der Lohnsteuer wegen den hohen Verteidigungs- und anderen Kosten vorläufig nicht fortgesetzt werden kann.

Justiz

China

Prügelstrafe

In China besteht die Prügelstrafe nicht nur häufig in der Praxis, sondern auch als einzig mögliche gesetzliche Strafe bei bestimmten Tatbeständen.

Aber noch bemerkenswerter als diese Tatsache ist es, dass sie von der sowjetischen Fachpresse vermerkt wird, und zwar ohne Not, um einen Begriff zu erläutern, der ebensogut an Hand von beliebigen andern Beispielen hätte erklärt werden können.

Der giftige Seitenhieb ist in einer Abhandlung der «Rechtswissenschaftlichen Hochschulnachrichten» (siehe auch Memo, KB Nr. 40) von Leningrad enthalten, wobei als Verfasser der «verdiente Wissenschaftter» (ein offizieller Titel, nicht ein schmückendes Beiwort) A. A. Piontkowski zeichnet. Seine Untersuchung über «Rechtsverhältnisse im Strafrecht» behandelt den Gegenstand akademisch unter vielerlei Aspekten. Unter anderm kommt der Autor auf das Verhältnis von Strafrecht und Strafprozessordnung zu sprechen, das er als Verhältnis zwischen Inhalt und Form bezeichnet. Und schreibt dabei: «Das materielle Recht muss aber die entsprechenden Strafprozessnormen haben. So figuriert im chinesischen Recht die obligatorische (durch nichts anderes zu ersetzende) Prügelstrafe; so war der Inhalt des mittelalterlichen Strafrechtes untrennbar mit der prozessualen Form der Folterung verbunden.»

Diese beiläufige Erwähnung ist um so perfider, als sie die Verhältnisse der chinesischen Volksrepublik in direkte Nachbarschaft mit der hochfeudalistischen Rechtsanwendung setzt, die der Kommunismus offiziell überaus verabscheut (und in Wirklichkeit freilich von neuem ins Leben ruft). Dazu ist noch eine inhaltliche Parallele (Zufügen von körperlichem Schmerz als Strafvorgehen) vorhanden, die wenig Zweifel daran übrig lässt, dass nebenbei auf die mittelalterliche Situation des chinesischen Rechtes angespielt werden soll.

Schliesslich ruft die Prügelstrafe in der modernen kommunistischen Propaganda einer ganz bestimmten Gedankenverbindung: die Peitsche ist sozusagen ein bildliches Symbol für den westlichen Kolonialismus geworden, genauso wie die Kette, an die er die «unterjochten Völker» bindet. Wann immer es gegen den westlichen «Kolonialismus» oder «Neokolonialismus» ins Feld zu ziehen gilt, wird an diese Vorstellung appelliert, und handelte es sich um eine amerikanische Kreditgewährung an einen afrikanischen Staat. Prügel, das sind die Demütigungen, welche der überhebliche westliche Kolonialismus seinen Opfern zufügt. Auch aus konkreten Beispielen von Körperstrafen an Farbigen (etwa in Südwestafrika) wird der volle propagandistische Nutz- und Hasswert gezogen.

An sich hat der Kommunismus theoretisch die Prügel immer als ein Terrorrelikt der feudalistischen Herrscherklasse betrachtet und denunziert. In dieses allgemeine Bild hinein ist die Nennung des chinesischen Beispiels um so schwerwiegender.

Soziales

Polen

«Ist die Frau kein Mensch?»

Die volle Gleichberechtigung der Frau ist ein kommunistisches Losungswort. Aber keine kommunistische Praxis.

Der obenstehende Titel war kürzlich in der Warschauer Parteizeitung «Trybuna Ludu» zu lesen. Der Artikel befasste sich mit der Lage der Frauen in den polnischen Betrieben. Die Frauen seien im Wirtschaftsleben völlig unterdrückt, wogegen weder Frauenkommissionen bei den verschiedenen Behörden oder Organisationen, noch die Frauenliga oder die Frauenvereine etwas unternehmen könnten. Die Frau werde immer stärker diskriminiert, jede Umorganisation der Produktion in den Betrieben falle zu ihren Ungunsten aus, da sie immer als erste den Laufpass erhalte. Als Beispiel erwähnt die Verfasserin Krystyna Kostrzewa eine grosse Fabrik in Warschau, wo der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte von 80 auf 63 Prozent zurückgefallen ist.

Zudem wird den Frauen durchaus nur relativ minderwertige Arbeit angeboten, lässt der Artikel erkennen, während die besseren Stellen den Männern vorbehalten bleiben. Von 3700 Frauen in einer Lampenfabrik bekleideten ganze sechs einen leitenden Posten. Die Einsenderin untersuchte eine Reihe von Unternehmen und kam zu folgendem Ergebnis: Es gibt weder weibliche Direktoren noch Vizedirektoren noch Oberingenieure. In den Arbeiterräten ist nur jede hundertste werktätige Frau vertreten.

Bevölkerung

SBZ

Der gestaute Abfluss

Die Berliner Mauer hat die Sowjetzonenmachthaber davor bewahrt, über ein menschenleeres Land zu regieren. Die bis vor einem Jahr stetig sinkende Bevölkerungskurve hat wieder angezogen.

Erstmalig seit 1945 rechnet sich die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in diesem Jahr ein Ansteigen der Bevölkerungszahl aus. In einer Untersuchung, die für den Zeitraum von 19 Jahren, bis 1980, die wahrscheinliche Entwicklung der Zahl der Bevölkerung der Sowjetzone enthält, wird für Ende 1962 mit einer Bevölkerungszahl von 17,140 Millionen gerechnet. Das wäre eine Zunahme um rund 61 000 gegenüber Ende 1961, dem Jahr, in dem im achten Monat durch die SED-Mauer in Berlin und die verdrahtete und teilweise verminte Zonengrenze die seit 16 Jahren anhaltende Fluchtbewegung unter Kontrolle gebracht wurde.

1980 rechnet die Ostberliner Statistik mit einer Gesamtbevölkerungszahl von 17,661 Millionen. Die Richtigkeit dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung vorausgesetzt, ist aber damit noch nicht einmal die Bevölkerungszahl von 1950, dem ersten Jahr des SED-Staates mit 18,388 Millionen erreicht.

Von der errechneten Zunahme von rund 582 000 bis 1980 gegenüber 1961 entfallen nach Berechnung der Zentralverwaltung für Statistik 572 600 auf die männliche und nur 9300 auf die weibliche Bevölkerung. Der relativ grosse Frauenüberschuss in der Sowjetzone wird sich bis 1980 dadurch erheblich verringern, dass die stärker besetzten älteren weiblichen Jahrgänge durch den Tod mehr dezimiert werden als die Männer.

Die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung, die 1961 mit rund 9,983 Millionen angegeben worden ist, soll diesen Berechnungen zufolge bis 1980 auf 10,080 Millionen ansteigen, davon rund 5,043 Frauen, von denen wiederum «wahrscheinlich 3,146 Millionen berufstätig sein werden».

Reime auf Beine und Schweine

Der Text des folgenden, in «ruhigem Walzertempo» vorzutragenden Liedes stammt von Heino Ludwig, die Musik von Wilhelm Busch. Umgekehrt wäre besser gewesen!

Ich war ein Mädel aus der Stadt,
mit Träumen wunderbaren,
wie sie wohl jedes Mädchen hat
von zehn bis siebzehn Jahren.
Ich träumte, dass zum Film ich geh',
wie Lollo einst erscheine,
und dass ich im Ballett mich dreh',
ich hab' doch schöne Beine!
Jetzt bin ich in der LPG
und füttere die Schweine!

Ich kam zum Einsatz auf das Land
und ging mit schwerem Bangen,
weil ich das sooo gewöhnlich fand,
da hatt' ich kein Verlangen.
Doch als ich mich dort umgeseh'n,
im Felde, Stall und Scheune,
da lernte ich so viel versteh'n,
die neue Welt ward meine!
Und ich blieb in der LPG
und fütterte die Schweine!

Weil alles mir so gut gefiel,
half ich das Neue bauen,
und wir erreichten unser Ziel:
das schöne Dorf zu schauen.
Ich durfte auf die Schule geh'n,
studierte dort die Schweine,
da konntet ihr mich büffeln seh'n,
doch schaffte es die Kleine:
bin Meister in der LPG
und füttere die Schweine!

Sagt mir, welch' Mädel in der Stadt
hat mehr in meinen Jahren?
als ich, die soviel Schönes hat
und bald wird autofahren.
Fand auf dem Lande hier mein Glück,
ich aus der Stadt, die Kleine
und sehne mich nicht mehr zurück,
steh' hier im Sonnenscheine.
Ich blieb in meiner LPG
und füttere die Schweine!

So kommt es, wenn Leute zur Feder greifen — müssen! (Aus «Bauern-Echo», Potsdam, 13. September 1962.)

Politik

Mali

Organisation nach Vorbild

Die Ausrichtung Malis nach dem kommunistischen Lager wird immer ersichtlicher, auch wenn Staatschef Modibo Keita keinerlei Bedenken hat, sich intensiv um westliches Geld zu bewerben.

Die Pro SOI, Zürich, die Vereinigung der Zürcher Freunde des Schweizerischen Ostinstituts, führt vier Vorführungen des «Cabarets Schifertafele» in Zürich durch:

12. Oktober
13. Oktober **20.15 Uhr, «Kaufleuten»**
14. Oktober 14.30 und 20.15 Uhr «Carlton-Elite»

Vorverkauf: Jelmoli, Jecklin und C. Muggli (Lintheschergasse).

Alle Zürcher Leser des «Klaren Blicks» sind zu dieser politisch-helvetischen Cabaritik unter dem Motto

«Ruhst du, mein Vaterland?»

herzlich eingeladen.

Die Beschlüsse des Parteitages der «Union Soudanaise» haben eine weitere Angleichung der Staatspartei Malis an kommunistische Vorbilder deutlich werden lassen. Die Partei bekennt sich zur «kollektiven Führung innerhalb der Parteigremien», wie sie in den kommunistischen Parteien seit der offiziellen Verurteilung des «Personenkults» üblich ist. Innerhalb der Parteihierarchie herrscht dagegen das «Prinzip des demokratischen Zentralismus», das heisst der bedingungslosen Unterordnung unter die Autorität höherer Parteistellen. Gemäss der Lehre des Marxismus-Leninismus — von der sich die Aktivisten der «Union Soudanaise» nach den Worten Modibo Keitas bereits seit 1946 leiten lassen —, sichert die von den Kommunisten erprobte Praxis der «Kritik und Selbstkritik» die Einhaltung der geforderten «strikten Parteidisziplin». Regionale Parteischulen und eine zentrale Parteihochschule sollen die einheitliche ideologische Ausrichtung des gesamten Funktionärskorps der «Union Soudanaise» sicherstellen. Neben Lektionen über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Mali, Afrika und der übrigen Welt sowie über die Geschichte und die Grundlagen der Partei, werden den Parteifunktionären dort «die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus (das heisst des Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung) beigebracht, «ohne deren Kenntnis kein Verantwortlicher die Probleme des sozialistischen Aufbaus Malis meistern kann».

Curriculum der Woche

WLADIMIR NIKOLAJEWITSCH NOWIKOW

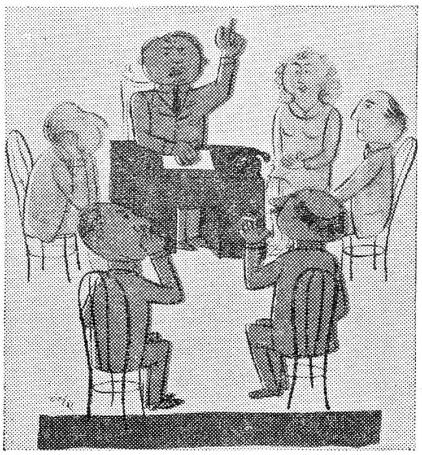
geb. 1907. Hoher Staatsfunktionär im Wirtschaftssektor. Keine biographischen Angaben bis zum Zweiten Weltkrieg. Dann stellvertretender Volkskommissar für Rüstungen. 1957 Vorsitzender des Leningrader Volkswirtschaftsrates. 1958 Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission des Ministerrates der RSFSR, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR; 1959 Vorsitzender des Gosplan der RSFSR und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR. Am 4. Mai 1960 an die Stelle von A. Kosygin zum Vorsitzenden des Gosplan der UdSSR und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR ernannt. September 1962 Ernennung zum Vertreter der UdSSR beim RGW (COMECON), der zentralen Wirtschaftsorganisation des Ostblocks.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 10. Oktober 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.



Alles protegiert den Unanständigen. Entlassen wir also den Kowalski. Er ist integer und gehört keiner Clique an. Niemand wird wegen ihm Krach schlagen.

«Szpilki»

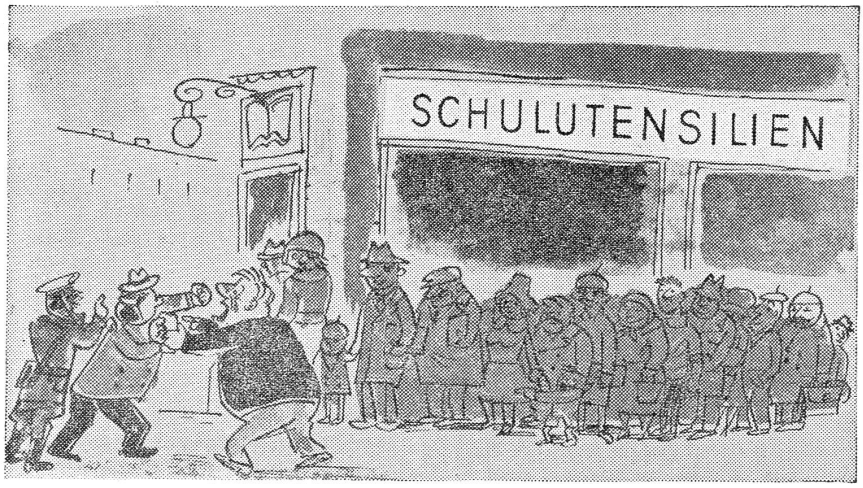
Die in Warschau erscheinende polnische satirische Wochenzeitschrift «Szpilki» zeigt in ihrer Kritik recht freien Mut (vergleiche auch KB Nr. 25), der manchmal auch vor den politischen Grenzbezirken nicht halt macht, wo die von der Partei gewünschte Anprangerung von Missständen übergeht in eine Kritik von Missständen, wie sie vom System begründet werden.

Die beiden hier reproduzierten Karikaturen brachte «Szpilki» auf der Titelseite und auf der letzten Seite einer ihrer letzten Nummern. Beide Themen sind aktuell: Die Korruption in den Betriebsführungen ist es immer, der Mangel an Schulmaterialien ist es besonders zu Beginn des neuen Schuljahres.

Das Bild des mit Personalfragen beschäftigten Kollektivs passt am ehesten in einem staatlichen Unternehmen oder doch einem Betrieb des «sozialistischen Sektors» (genossenschaftlich oder halbstaatlich), was schon aus dem Umfang des Direktionskollegiums ersichtlich ist (private Betriebe sind kleiner). Die Cliquenwirtschaft nimmt natürlich mit der Bürokratie und der relativen Konkurrenzlosigkeit zu. Dazu kommt noch, dass die leitenden Kräfte oft genug gar keine Fachkräfte sind, sondern ihre Position zuweilen mehr der Parteiprotektion als ihren beruflichen Qualitäten verdanken. Wohl werden immer wieder Schritte unternommen, um das professionelle Niveau der Kader zu heben, und Fortschritte scheinen tatsächlich zu bestehen, aber aus der Forderung «Parteitreue und berufliche Tüchtigkeit» wird nach wie vor sehr oft eine Alternative.

Die Sorgen der polnischen Schulen liegen zumeist an den ausserordentlich knappen Raumverhältnissen (namentlich für Internate) oder am Lehrer- und Dozentenmangel, der sich bei steigenden Schülerzahlen und längerer Ausbildungszeit stark auswirkt. Daneben aber finden sich auch Hinweise regelmässig, dass es an Schulbüchern und anderen Utensilien fehlt. Die Schlange auf unserer Karikatur mag in Wirklichkeit etwas kürzer sein, der Streitanlass zwischen den zwei bestandenen Männern etwas weniger kindisch, aber die Situation wird doch getroffen. Die Kinder- und Erwachsenenbildung kann nicht im gewünschten Ausmass betrieben werden, ohne dass Voraussetzungen der Produktion erfüllt sind (Bauten, Utensilien usw.). Und diese Produktion hängt wiederum zum Teil von einem gut gerüsteten und gebildeten Kader ab. So besteht zwischen unsern beiden Bildern sogar ein gewisser Zusammenhang. Man wird nicht soweit gehen können, ihn als Teufelskreis zu sehen, aus dem es kein Entrinnen gäbe; dazu sind die Schulerfolge der kommunistischen Staaten in den meisten Fällen zu unbestreitbar. Die Produktionserfolge übrigens auch, wenn auch nur dann, so sie der Machtvermehrung dienen müssen. Und dass die Bildung diesem Machtziel dient, hat der Kommunismus durchaus begriffen und zieht die Konsequenzen manchmal besser als der Westen.

Wenn er dazu auf die Hebung des Volkswohlstandes verzichtet, ist das eine notwendige Folge der totalitären Diktatur, gegen die das Volk machtlos bleibt.



Herr Polizist, er hat mir den Griffel weggenommen.

Unser Memo

Auf die Traktandenliste der laufenden Generalversammlung der Vereinten Nationen ist einmal mehr die Ungarn-Frage gesetzt worden. Einmal mehr — und keinmal zuviel — wird über diese Frage trotz Widerstand der kommunistischen Länder diskutiert. Grundlage der Debatte wird der vierte Bericht bilden, den der Sonderbeauftragte Sir Leslie Munro eben eingereicht hat. Mit dieser Mission wurde Sir Leslie am 12. Dezember 1958 beauftragt, um die Anwendung der Resolutionen der Uno-Vollversammlung betreffend Ungarn zu überwachen. Mit seinem unermüdlichen Einsatz für die Sache des ungarischen Volkes hat sich Leslie Munro den tiefen Dank der ganzen freien Welt verdient.

Seit dem 4. November 1956 hat die Uno 14 Resolutionen über Ungarn angenommen mit dem Ziel, den Rückzug der sowjetischen Besatzungstruppen, die Durchführung freier Wahlen unter Uno-Kontrolle sowie die Beachtung der Menschenrechte durch das kommunistische Regime zu erreichen. In seinem Bericht kommt Sir Leslie zum Schluss, dass nach wie vor den verschiedenen Resolutionen nicht entsprochen worden ist, obzwar hinsichtlich der Menschenrechte gewisse Fortschritte zu verzeichnen seien.

Andererseits sind der ungarischen Presse genügend Informationen zu entnehmen, wonach die Teilnahme am Freiheitskampf nach wie vor als Delikt streng geahndet wird, wiewohl eine Amnestie Straffreiheit versprochen hatte.

Daher muss der Kampf weitergeführt werden, stellvertretend für das unterdrückte ungarische Volk durch die Menschen der freien Welt. Aber auch in Ungarn selbst wird noch heute ein Einsatz für die Freiheit geleistet, der höchste Anerkennung verdient. Ein Beispiel dieses Kampfes ist besonders hervorzuheben.

In der ungarischen juristischen Zeitschrift «Magyar jog» vom September veröffentlicht Prof. Istvan Herczeg eine völkerrechtliche Studie zum Thema «Bürgerkrieg und Einmischung». Nach Auffassung des Verfassers kann ein dritter Staat oder die Uno nicht intervenieren, wenn in einem Lande ein Bürgerkrieg eine innere Angelegenheit bleibt. Wenn sich aber ein anderer Staat im weitesten Sinne des Wortes eingemischt hat, dann ist die Uno zur Intervention ermächtigt.

Wie erinnerlich, hatte die Sowjetunion nach anfänglichem Rückzug ihrer Truppen am 4. November 1956 unter Missachtung ihrer Versprechungen den Befehl zur Invasion erteilt. Trotzdem stand die freie Welt Gewehr bei Fuss, und die Uno begnügte sich mit Worten.

Und nun erreicht diese Botschaft eines tapferen Kämpfers aus Ungarn die freie Welt. Ein Völkerrechtler nimmt auf die kommende Uno-Diskussion hin Stellung und erinnert die Vereinten Nationen an die Pflichten, die sie in Ungarn gehabt hätten. Er tut das, obwohl die Parteipresse noch heute von widerrechtlicher Einmischung spricht, wenn nur über Ungarn diskutiert wird. Möge diese Botschaft eines wahren Vertreters des ungarischen Volkes auch in der Uno Gehör finden.